

Ich möchte das nicht!



Von CANTALOOOP | So wie man jedem Jugendlichen zu Beginn seiner gesellschaftlichen Sozialisation begreiflich machen muss, dass er sich nicht alles gefallen lässt und ihn gleichermaßen auch zu kritischem Denken anregt, so muss dem mündigen Bundesbürger ebenfalls immer wieder verdeutlicht werden, dass man politische „Fehldispositionen“, wie unsere komplette parlamentarische Führungsriege und ihre willfährigen „Gefolgsleute“, nicht notwendigerweise für alle Zeiten zu akzeptieren hat.

Viele Menschen spüren instinktiv, dass zahlreiche Verhaltensregeln, ausgehend von unserer politischen „Elite“, nicht mehr den Reflexivkräften und der Transparenz einer parlamentarischen Demokratie, sondern vielmehr einer dem Zeitgeist untergeordneten Dogmatik unterliegen, oder, was auch möglich wäre, einem perfiden Plan folgen – und dabei jede politisch-philosophische Vernunft und Verhältnismäßigkeit außer Acht lassen.

Geltende Gesetze lediglich noch Leitlinien

Die „Humanität“ geböte es, uneingeschränkt zu „helfen“. So lautet auch das Credo einer ganzseitigen Anzeige von „Gutmeinenden“ sämtlicher Couleurs in der Süddeutschen Zeitung, die die Bundeskanzlerin zu nichts weniger auffordert, als den Innenminister im Rahmen ihrer „Richtlinienkompetenz“ sofort zu entlassen, da dieser seines Amtes nicht mehr „würdig“ sei. Und das nicht etwa, weil er geltende Gesetze missachtet – sondern vielmehr, weil er selbige einfordert. Der

moralische Imperativ steht also auch für linksorientierte Bürger in exponierten gesellschaftlichen Positionen, die sich selbst gerne als „Meinungsführer“ ansehen, an prominenterer Stelle als schändliche Gesetze.

In der Anzeige heißt es wörtlich:

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Dr. Angela Merkel,*

die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass sich der Innenminister Horst Seehofer und der Ministerpräsident des Bundeslandes Bayern Markus Söder mit ihren politischen Vorstellungen zur Grenzsicherung der europäischen Länder und Europas Außengrenzen weit von dem entfernt haben, was auch in Ihrer Partei – der CDU – bisher Konsens war:

Mitmenschlichkeit und Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität.

Diese Werte beruhen auf einem, seit der Aufklärung über die Französische Revolution sowie zwei Weltkriege hinweg erarbeiteten und erkämpften Grundrecht, auf das alle Menschen dieser Welt einen unveräußerlichen Anspruch haben.

Unser Grundgesetz fasst es in Artikel 1 zusammen:

«Die Würde des Menschen ist unantastbar.»

Der Bundesinnenminister verletzt mit seinen Vorstellungen von Abschottung, Ablehnung humanitärer Hilfe und der Ablehnung von Übernahme einer auch deutschen Verantwortung für Fluchtursachen überall auf der Welt unser Grundgesetz, europäisches Recht und Völkerrecht.

Wir fordern Sie auf:

Nutzen Sie Ihre Richtlinienkompetenz und entlassen Sie Horst Seehofer aus seinem Amt. Wer seine vermeintliche persönliche Glaubwürdigkeit über die Einhaltung dieser Werte, das Interesse unseres Landes, unseres Europas und unserer

Glaubwürdigkeit stellt, der ist dieses Amtes nicht mehr würdig.

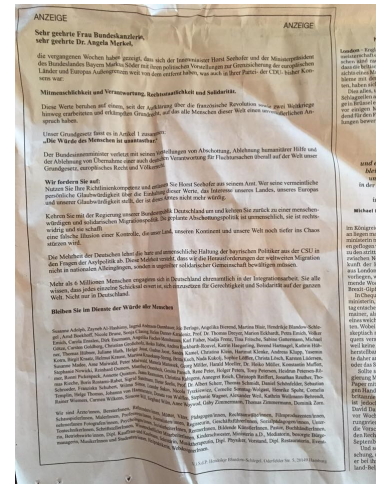
Kehren Sie mit der Regierung unserer Bundesrepublik Deutschland um und kehren Sie zurück zu einer menschenwürdigen und solidarischen Migrationspolitik. Die geplante Abschottungspolitik ist unmenschlich, sie ist rechtswidrig und sie schafft eine falsche Illusion einer Kontrolle, die unser Land, unseren Kontinent und unsere Welt noch tiefer ins Chaos stürzen wird.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt die harte und unmenschliche Haltung der bayrischen Politiker aus der CSU in den Fragen der Asylpolitik ab. Diese Mehrheit versteht, dass wir die Herausforderungen der weltweiten Migration nicht in nationalen Alleingängen, sondern in ungeteilter solidarischer Gemeinschaft bewältigen müssen.

Mehr als 6 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich in der Integrationsarbeit. Sie alle wissen, dass jedes einzelne Schicksal es wert ist, sich einzusetzen für Gerechtigkeit und Solidarität auf der ganzen Welt. Nicht nur in Deutschland.

Bleiben Sie im Dienste der Würde aller Menschen

Wer sich die Mühe macht, obige sicher nicht ganz billige Veröffentlichung im Prantlschen Hausblatt zu studieren, kann nur hoffen, dass es sich bei den Unterzeichnern um ebenso weltfremde, wie gutsituierte Wirrköpfe einer radikalen Minderheit handelt – und der Tenor einer Aussage dieser „Gesinnungsethiker“ keine Rückschlüsse auf die Meinung weiterer Bevölkerungsteile zulässt.



Die Gutmenschen- Anzeige in der Süddeutschen Zeitung.

Das Textverständnis, in der Philosophie auch „Hermeneutik“ genannt, wird bei diesem publizierten Traktat aufs Äußerste gefordert – und man erkennt als „Außenstehender“ deutlich die Schnittmenge zwischen moralischer Überhöhung, politischer Agitation und dem schieren Wahnsinn. Stichwort: Wahnsinn.

Wäre der „feurige Denker“ Friedrich Nietzsche noch am Leben, dessen legendäre „Pferdeumarmung zu Turin“ Gerüchten zufolge einem ähnlichen Impetus wie aktuell die „Flüchtlingsumarmung“ der „Vernunftsmenschen“ folgte, dann würde er sich sicher freuen, eine seiner bekannten Analysen hinsichtlich der herrschenden Zustände im Lande auszuführen. Und wäre nach Auswertung derselben ganz sicher der Ansicht, dass er selbst, angesichts der äußeren Umstände, als Person und Charakter vollkommen normal, reflektiert und unauffällig sei. Seine Schlussfolgerung könnte lauten: Das Bürgertum ist tot. Gez. F. Nietzsche.

Die Signatur der Zeit

Für die Kanzlerin und ihre Entourage dürften sich die Worte aus dem Text der „Kulturlinken“ jedoch wie Balsam anfühlen. Sieht sie sich doch so in ihrer kruden und destruktiven

Weltsicht weitgehend bestätigt. Wir, die moralisch Höherwertigen, machen eben alles richtig.

Die abschließende Frage, die sich nun stellt, sollte nur noch die schlichten Zuwanderungs-Quantitäten regeln. Wie viele Neubürger verkraftet das Land eurer Ansicht nach noch, liebe Links-Bourgeoise? Ihre Antwort wird zweifelsfrei lauten: so viele, wie eben kommen mögen.

Damit schließt sich der Kreis. Und der Rest der Bevölkerung, die noch nicht dem kollektiven Interkulturalitäts-Wahnsinn anheimgefallen sind, müssen nun lernen, strikt „Nein“ zu sagen – und sich darüber hinaus mit allen demokratischen Mitteln zur Wehr zu setzen, auch gegen alle Widerstände und Repressionen.

Wir wollen das nicht! Ich will das nicht! Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.